

2 800 Suchbegriffe für das Spitzeln unter Freunden

BND forschte mit eigenen Schlagworten EU-Partner und die USA aus. Kanzleramt soll es seit 2013 gewusst haben

VON MARKUS DECKER

Als Gerhard Schindler, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), die Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums am Mittwochabend verließ, da tat er es mit leicht hängendem Kopf. Auf die Frage, wie es ihm gehe, reagierte Schindler nicht besonders euphorisch. Die Körpersprache des 63-Jährigen zeigte es an: Er wird eine alte Last weiter tragen müssen. Der NSA-Skandal setzt sich fort.

In der geheimen Sitzung des Kontrollgremiums hatten der BND-Chef und der im Kanzleramt für die Geheimdienste verantwortliche Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche einräumen müssen, dass der deutsche Auslandsgeheimdienst gegen befreundete EU-Staaten und die USA womöglich Selektoren eingesetzt hat, die dem Auftragsprofil des Dienstes oder dem Gesetz widersprechen – vielleicht sogar beidem. Solche Selektoren sind Suchbegriffe, mittels derer Kommunikationsströme durchkämmt werden.

Das BND-Gesetz, das die Arbeit des Dienstes regelt, verbietet Lauschensätze gegen Ziele etwa in anderen EU-Staaten oder in den USA nicht automatisch. Deshalb fordert die SPD eine Verschärfung. Das Auftragsprofil des BND unterliegt seinerseits der Geheimhaltung.

Aufklärung am 11. November

In den vergangenen Monaten war es stets bloß um jene Selektoren des US-Geheimdienstes NSA gegangen, die der BND in amerikanischem Auftrag in seine eigenen Systeme einspeiste. Die einschlägigen Listen werden derzeit von dem ehemaligen Richter am Bundesverwal-

tungsgericht Kurt Graulich gesichtet. Davon, dass der BND eigene problematische Selektoren einsetzte, war nicht die Rede gewesen.

„Die Vorwürfe sind sehr ernst“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Kontrollgremiums, Clemens Binniger (CDU). Es herrsche „mehr als der Verdacht, dass Selektoren verwendet wurden, die nicht vom Auftragsprofil gedeckt waren“. Auf Weisung des Gremiums wird in der kommenden Woche eine Task Force – also eine Art Schnelle Eingreiftruppe – in die BND-Zentrale nach Pullach reisen, dort die Fakten prüfen und anschließend Bericht erstatten. Ein Zwischenbericht ist für den 11. November vorgesehen.

Nach Informationen der Berliner Zeitung geht es um 2 800 problematische Suchbegriffe – von 300 000 BND-Suchbegriffen insgesamt. Sie waren seit Ende der 90er-Jahre im Einsatz. Unter den Spionagezielen des BND soll sich nach Informationen des RBB-Inforadios das US-Außenministerium befunden haben. Die Spähaktivitäten hätten zudem US-Militäreinrichtungen in Afghanistan gegolten.

Die nächste Frage ist die nach den Verantwortlichkeiten. Denn dem Vernehmen nach ist es so gewesen, dass Schindler im Oktober 2013 und unter dem Eindruck der Enthüllungen des einstigen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden zum damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Ronald Pofalla (CDU), ging, um ihn über die BND-eigenen Selektoren aufzuklären. Der ließ die Praxis umgehend stoppen. Just zu jener Zeit war es auch, dass Pofalla den Spionageskandal einerseits gezielt herunterspielte – und Kanzle-

rin Angela Merkel andererseits mit Blick auf die NSA-Aktivitäten und die Überwachung ihres Dienst-Handys kundtat: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.“

Grüne fordern Konsequenzen

Gewiss ist, dass der BND und das Kanzleramt die ganze Angelegenheit zwei Jahre lang, nämlich vom Oktober 2013 bis zum Oktober 2015, für sich behielten – trotz der seit Monaten laufenden parlamentarischen Untersuchungen. Erst die zuletzt einsetzenden Recherchen von Medien ließen es beiden opportunt erscheinen, die Flucht nach vorn anzutreten und den Vorgang zumindest parlamentsintern offenzulegen.

Der Vorsitzende des Kontrollgremiums, André Hahn (Linke), sagte, der BND habe „die Kanzlerin ins Messer laufen lassen“, als diese von der Verwerflichkeit des Ausspähens unter Freunden sprach. Stattdessen hätte der Dienst schon vor zwei Jahren gestehen sollen: „Wir machen das auch.“ Der Obmann der grünen Bundestagsfraktion im NSA-Untersuchungsausschuss, Konstantin von Notz, sagte der Berliner Zeitung: „Wenn das alles so stimmt, dann wird man im Bundeskanzleramt und im Bundesnachrichtendienst um Konsequenzen nicht herumkommen. Denn dann sind wir belogen worden. Natürlich steht dann auch der BND-Präsident zur Disposition.“ Er fügte hinzu: „Das gesamte Verteidigungskonstrukt des Bundeskanzleramtes zerfällt. Das ist alles unterirdisch. Dafür werden Menschen politische Verantwortung übernehmen müssen.“